Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 56 (1976-1977)
Heft: 10

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

rat wie das eidgenössische Parlament diese offensichtliche Priorität zur Kenntnis nehmen und zur Richtschnur ihres Handelns erheben werden, ist eher unsicher. Die Fakten weisen in einer andern Richtung. Die öffentlichen Ausgaben, vor allem jene im Bundeshaushalt, wachsen «fröhlich» weiter. Sie werden sich teilweise in steigenden einzelbetrieblichen Kosten niederschlagen und damit die Investitionstätigkeit weiter hemmen. Keine sehr schöne Perspektive in einer Zeit, in der eigentlich Steuersenkungen angebracht wären.

Soll die Wettbewerbskraft der schweizerischen Exportindustrie nicht weiter verschlechtert werden, so ist auch unbedingt darauf zu achten, dass die nun glücklich unter Kontrolle gebrachte *Inflation* nicht wieder von neuem aufflackert. Bekanntlich sind die Löhne und Lohnnebenleistungen (labor costs) in den vergangenen Jahren zufolge der Inflation in Europa wesentlich rascher gestiegen als in den USA – neben der Abwertung des Dollars der wichtigste Grund dafür, dass sich im Investitionsstrom zwischen den USA und Europa eine völlige *Trendumkehr* durchgesetzt hat. Die USA sind nun ein *Nettoimporteur* von Investitionen geworden. Dies ist ein untrügliches Zeichen dafür, dass sich die Standortfaktoren zuungunsten Europas verschoben haben.

So wie die Dinge heute liegen, dürfte sich das Wirtschaftsjahr 1977 nicht wesentlich von seinem Vorläufer unterscheiden. Übertriebener Optimismus lässt sich im Blick auf die verfügbaren Beurteilungskriterien ebensowenig begründen wie rabenschwarzer Pessimismus. In jedem Fall ist wirtschaftspolitische Vorsicht geboten.

Willy Linder

Kommentare

BIERMANN, KUNZE UND DIE FOLGEN

Was eint die Deutschen eigentlich / Trotz Stacheldraht und Minen / Was ist an dem zerrissnen Volk / Noch unteilbar geblieben? (...) «Die massgeblichen Kahlköpfe / in beiden deutschen Staaten / Es eint sie, dass sie beide für / Die Einheit wenig taten. – Sie hoffen beide weiterhin / Dass jeweils bei dem andern / Die Reaktion am Ruder bleibt / Sie müssten selbst sonst wandern (...) Das alles eint uns kolossal / Wir bleiben was wir waren: / Das deutsche Volk, ein einig Volk / Von Denkern und Barbaren!» Wolf Biermann, Deutschland. Ein Wintermärchen. 1965ff.

Tief in der Nacht, an einem Freitag im deutschen November, hat ein politischer Bänkelsänger halb Deutschland um den Schlaf gebracht – ein Deutschland in den Grenzen nach dem Potsdamer Abkommen, vom Rhein bis an die Oder, ausgenommen jene blinden Flecken, die das West-Fernsehen nicht erreicht (denen freilich der West-Rundfunk die akustische Anschauung nachlieferte). Nach

Mitternacht, schon in der frühen Früh, sang Wolf Biermann, dessen Adresse: Chausseestrasse 131 in Berlin (DDR) längst zum gesamtdeutschen Symbol geworden war, sein neues Lied «Der preussische Ikarus». Angeregt vom eisernen preussischen Adler im Geländer der Weidendammer Brücke, wo die Spree am Seufzerpavillon, der ostwestlichen Grenzschleuse des Bahnhofs Friedrichstrasse, gen Westen fliesst, schrieb der Cousin Heinrich Heines eine melancholische Ballade, deren letzte Strophe sich so anhört: «Und wenn Du wegwillst, musst Du gehn / Ich hab schon viele abhaun sehn / aus unserm halben Land / Ich halt mich fest hier, bis mich kalt / Dieser verhasste Vogel krallt / und zerrt mich übern Rand / Dann bin ich der preussische Ikarus / Mit grauen Flügeln aus Eisenguss / dann tun mir die Arme so weh/ Dann flieg ich hoch – dann stürz ich ab / Mach bisschen Wind – dann mach ich schlapp / am Geländer über der Spree.»

Sein Lied war die letzte, wenn nicht zufällige, so doch ungeplante Zugabe des denkwürdigen Kölner Auftritts gewesen, mit dem Wolf Biermann nach von der DDR-Obrigkeit erzwungener öffentlicher Abstinenz von fast zwölf Jahren seine Metallgewerkschafts-Tournee durch die Bundesrepublik begann. Tief berührt und ausgelassen wie ein grosses Kind badete er sich im Beifallsrausch, der ihm nach einer über vierstündigen politisch-literarischen Revue einhüllte, die er ganz ohne die Routine eines alten «Konzertgangsters», ohne eine Spur von Eitelkeit absolviert hatte – die faszinierendste Selbstdarstellung, die wohl jemals improvisiert worden ist.

Am Rhein war die Melancholie des Ikarus-Liedes noch optimistisch getönt gewesen, mit Hoffnungsrand sozusagen. Einige Tage später brach die deutschdeutsche Realität massiv in die Fiktionen und Visionen des selbstbewussten kommunistischen Träumers ein: Die DDR-Behörden hatten, auf Geheiss des SED-Politbüros, ihren ungeliebten Genossen ohne Parteibuch unter Berufung auf ein Gesetz von 1967 «wegen grober Verletzung staatsbürgerlicher Pflichten» offiziell ausgebürgert. Sie beriefen sich dabei ausdrücklich auf das «feindselige Auftreten gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik» des zügellosen Kommunisten mit der Gitarre in Köln. Nun war Rauhreif auf das Lied gefallen, plötzlich trug es einen Trauerflor. «Das ist sehr bitter, dass das nun mein Lied geworden ist», meinte er ohne einen Anflug von Stolz, aber mit einem Hauch von Resignation später, als er sich in Recklinghausen einen Abend mit dem bundesdeutschen Liedermacher Walter Mossmann teilte.

Um vor allem auch der DDR-Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, die zynische Argumentation ihrer Obrigkeit (der «antikommunistische Krakeeler» Biermann habe dazu aufgefordert, die «Ordnung in der DDR zu beseitigen») am objektiven Sachverhalt selbst zu kontrollieren, entschloss sich das ARD-Fernsehen (1. Programm) zur ungekürzten Sendung des Mitschnitts der Kölner Veranstaltung. Das ging nicht ohne Widerstand in den Entscheidungsgremien ab, und der Sendetermin wurde, auch gebündelter Zuschauerproteste wegen, um zwei Stunden verschoben. Biermann, ins Nachtghetto verbannt, sang seinen «Preussischen Ikarus» morgens nach zwei Uhr. Dennoch ging die CDU gegen das «masslose Spektakel» an, und die CSU nannte eine «Zumu-

tung an den Zuschauer» nicht das Abschieben in die Nachtstunden, sondern die «Berieselung mit kommunistischer Ideologie»; die TV-Kundschaft dürfe am Ende einer arbeitsreichen Woche anderes erwarten. «Will die CDU nicht, dass die Bürger sich ihr eigenes Urteil bilden können?», fragte eine Zeitung, die gewiss nicht als Gegnerin der Opposition gilt: «Traut sie ihnen keines zu? Ist ihre Vorstellung von Freiheit die von einem Unmündigen im Laufstall?»

Der Grenzgänger

Es darf in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden, dass der Auftritt des DDR-Bürgers Wolf Biermann in solcher ausschweifenden Länge gewiss nicht über das vom Parteienproporz bedrängte Fernsehen gegangen wäre, hätte der seine DDR-Staatsbürgerschaft noch heute. Erst der politische Fall machte den sicher nicht unpolitischen künstlerischen Triumph des Dichters und Sängers im West-Medium möglich. Der «gesamtdeutsche Zweifelsfall» Biermann (so beschrieb ihn Peter Rühmkorf) einte nächtlich die gespaltene Nation, die nicht weiss, ob sie sich noch als zusammengehörig begreifen soll und für die der unerschrockene Grenzgänger mit seinen Liedern zur Herausforderung wurde. Sein Dialog mit den Siebentausend in einer Kölner Sporthalle geschah in einer Sprache, die ungewohnt ist hierzulande und ungewöhnlich. Sein Deutsch, so der Schriftsteller Wolfgang Paul, überrasche durch Formulierungen, «die an die sprachliche Ausdruckswelt im noch ungeteilten Restdeutschland der ersten Nachkriegsjahre, vor den beiden Staatsgründungen erinnert. Erst mit dem Mauerbau verschwand diese offene Sprache. Das Deutsch jener Jahre wurde auch eingemauert».

Dem rechten Widerspruch in der Bundesrepublik entsprach lautstarker Protest aus der DDR, der sich unverhohlen mit der Drohung verband, dem ARD-Fernsehen die Arbeit im Arbeiter- und Bauernstaat zu untersagen. SED-Politbüromitglied Kurt Hager erklärte vor einer Konferenz von Gesellschaftswissenschaftlern, verbunden mit «groben Einmischungsversuchen führender Politiker der BRD in die inneren Angelegenheiten der DDR» mehrten sich in den «imperialistischen Massenmedien der BRD Angriffe auf Demokratie und Freiheit im Sozialismus». Der ideologische Kampf sei komplizierter und intensiver geworden, weil sich Antikommunisten mit «revisionistischen und ultralinken Theorien und Losungen» auch in den «Massenmedien der Bourgeoisie» verleumderisch wider den «realen Sozialismus» wendeten. Sie versprächen sich Erfolge gerade davon, «den realen Sozialismus unter dem Deckmantel einer angeblichen Verbundenheit mit dem Sozialismus anzugreifen». Das Fernsehspektakel hatte also jenen Zweck erfüllt, den (mit Biermann) der liberale Westen erreichen wollte: gefährlich wurde der kleine, schmächtige, aber stimmgewaltige Aufrührer, dem «naive oder prokommunistische Geister» in den Massenmedien ermöglicht hatten, «seiner kretinoiden Gesinnung stundenlang freien Lauf zu lassen» (so die neonazistische «Nationalzeitung»), gerade den Genossen, die ihn erst isolierten und dann aussperrten.

Dennoch blieb ein begrüudetes Unbehagen auch westlich, formuliert etwa von Robert Leicht, Leitartikler der «Süddeutschen Zeitung»: «Wenn Wolf

Biermann sich in die Dinge *seines* Staates einmischt, muss sich dann auch *unser* Fernsehen – freilich nach Ostberliner Interpretation – in die Angelegenheiten eines *anderen* Staates einmischen? Kurz: Musste *das* sein? Nach dem klassischen Verständnis der Pressefreiheit *durfte* das jedenfalls sein; und wenn es der Sinn der Rundfunk- und Informationsfreiheit ist, dass auch all jene Dinge zur Sprache kommen, die den Herrschenden und den politisch Verantwortlichen unbequem sind, dann ist deren ungnädige Reaktion geradezu ein Beweis dafür, dass etwas gesagt, gedruckt und gesendet werden *musste.*» Eine Publizistik, die sich aus Furcht oder Beflissenheit zum Handlanger eines geradezu Metternichschen Interesses am ungestörten Funktionieren der Politik und der Systeme erniedrigen wollte, verlöre nach Leicht schnell ihr Rückgrat. Biermann, der die prekären ideologischen Konflikte einer Nation in sich austrägt, die sich vertraglich als Zweistaaten-Gebilde von ihrem historischen Auftrag, vereinigt zu sein, suspendiert hat, stand plötzlich mit fast naiver Selbstverständlichkeit für die Paradoxie und Tragik der deutschen Situation: «Man kann es nicht unbegrenzt beiden Seiten recht machen und gleichzeitig vor sich selbst recht behalten.»

Auch eine sozialliberale Deutschlandpolitik des Wandels durch Annäherung findet ihre Grenze dort, wo die kodifizierten oder auch unausgesprochen anerkannten Spielregeln des deutsch-deutschen Verkehrs nicht mehr respektiert werden. Biermanns Respektlosigkeit missachtet auch noch jene Konventionen, unter die sich eine unbeweglich-perspektivelose deutschlandpolitische Opposition aus Bequemlichkeit und Phantasielosigkeit längst hat zwingen lassen. Er hat plötzlich das Thema der deutschen Nation wieder aktualisiert, ohne bei den Behörden diesseits und jenseits der Demarkationslinien untertänigst um Erlaubnis zu bitten. Das merkwürdige Zwischenspiel um die Fernsehübertragung von Liedern, Gedichten und räsonierenden Reden hat gerade darauf ein Schlaglicht geworfen.

Wer ist dieser Biermann, der tagelang die Schlagzeilen der Bundesdeutschen Presse beherrschte, den sich die Karikaturisten zum Lieblingssujet erkoren und der sich in der DDR-Öffentlichkeit wie ein Phönix aus der Asche erhob? Man sah ihn mit seiner Gitarre, chaplinesk schlenkernd, die Friedrichstrasse entlangkommen und fühlte sich, in sein Gesicht blickend, an Rilke erinnert. So wurden erste Eindrücke registriert Mitte des sechziger Jahre, als Biermann selbst sich lieber auf die Seite des vagantischen Lyrikers François Villon schlug, den er «besucht mich abends mal Marie» zum gefährlichen Spaziergang auf die Mauer schickt, wo er die Wachen in verwirrende Angst versetzt, weil die Kugeln durch ihn hindurchgehen und aus den Wunden statt Blut «nur Rotwein sich ergiesst»: «Dann spielt er auf dem Stacheldraht / aus Jux die grosse Harfe/ die Grenzer schiessen Rhythmus zu / verschieden nach Bedarfe ...» Dazwischen souffliert der bänkelnde Enkel aus den Gedichten Bert Brechts.

Als Hamburger Sohn eines Kommunisten, den die Nazis ermordet haben, lebte Biermann als Aussenseiter in einer Gesellschaft, die nach der Katastrophe von 1945 als einzige verbindende Weltanschauung noch den Antikommunismus akzeptierte. Politischer Zwist mit

Mitschülern endete in Prügeleien «und abends, nachdem ich den Streit mit meiner Mutter überstanden hatte, darüber, dass ich wieder irgend etwas zerstört hatte, dann begann mein drittes Leben, nämlich die direkte Vorbereitung der Weltrevolution. Durch die Tradition meiner Familie kam ich natürlich frühzeitig in die Jugendbewegung der Kommunisten». Aber bald genügte es ihm nicht mehr, Volkstänze für die Weltrevolution einzuüben; er siedelte in die DDR über: 1953 ging der siebzehnjährige Hamburger Oberschüler nach Ost-Berlin, um dort für die Weltrevolution zu wirken, wo man meinte, man hätte sie bereits hinter sich. Nun beginnt eigentlich erst seine politische Poeten-Biographie, aus dem schlechten Schüler von ehedem wird ein eifrig Lernender; nach zweijährigem Studium der politischen Ökonomie geht er als Regieassistent ans Berliner Ensemble, er studiert Mathematik und Philosophie und beginnt um 1960 zu schreiben. «Ich komme von den politischen Leidenschaften zur Kunst. Ich habe irgendwann mal entdeckt, dass das eine Form ist, in der ich mich sehr wirkungsvoll politisch betätigen kann.»

Die politischen Leidenschaften im Gewand der Literatur führten Biermann bald in Konflikte mit seiner Partei, die ihn nicht haben wollte, weil er in einem (unveröffentlichten) Poem «Die Geburt der Liebe» gedichtet hatte: «Mein Parteiabzeichen ist mein Käfig» – der Vers geriet ins zentrale Parteiorgan «Neues Deutschland», Biermann verlor seinen Kandidatenstatus und wurde parteiloser Genosse. Sein Aufstieg verband sich mit der offiziellen Massregelung seines Mentors Stephan Hermlin, der auf dem legendären Lyrikabend der Akademie der Künste am 11. Dezember 1962 auch Biermann vorstellte. Hier forderte er von den alten Genossen, die er um das Glück beneidete, gekämpft zu haben gegen Unrecht und Unterdrückung: «Setzt eurem Werk ein gutes Ende / Indem ihr uns / Den neuen Anfang lasst». Stephan Hermlin, heute solidarisch mit dem ausgebürgerten Dichter, musste öffentlich selbstkritisch bekennen, sein Fehler sei es, dass er Dichtung und Kunst «oft unabhängig von Zeit und Ort betrachte», liess sich aber nicht darin beirren, in dem lyrischen Emporkömmling «ein sehr grosses Talent» zu erkennen. Biermann trat an Universitäten auf, gab eine Stipvisite im Kabarett «Die Distel» und wurde nach dem Verbot seines Theaterstückes «Berliner Brautgang» (es gab nur die Generalprobe) ohne Mithilfe der DDR-Medien zum populären Liedermacher. Tonbänder kursierten bald im Osten wie im Westen.

«*Ein Herr Biermann*»

Doch Ulbrichts Partei konnte diesen roten Individualisten nicht ertragen, der für eine Revolution focht, «die auf sich selbst den ersten Stein wirft», und der dazu aufforderte, sich die Freiheit zu nehmen, «sonst kommt sie nie». Eine Kampagne liess Biermann 1965 verstummen. «Der Skeptizismus hindert Biermann, den Humanismus unseres Staates zu begreifen», hiess es am 5. Dezember im «Neuen Deutschland», das ihn zum Anarchisten, bürgerlichen Individualisten und Herostraten stempelte, der verantwortungslos Machwerke gegen den Staat des Humanismus in Deutschland produziere. Autor des Schmähartikels war der ND-Kulturre-

dakteur Klaus Höpcke, heute stellvertretender DDR-Kulturminister. Kurz darauf bestätigte ein ZK-Plenum das ideologische Verdikt, eine Mauer eisigen Schweigens wurde um Biermann gezogen, der bitter auf seiner Herausforderung bestand: «Ich bin der einzelne / das Kollektiv hat sich von mir / isoliert.»

Die Wohnung Biermanns, gegenüber der bundesdeutschen DDR-Botschaft gelegen, wurde zum Mekka westlicher Linker und östlicher Dissidenten. Der Eingesperrte zog sich nicht zurück, liess sich nicht verhärten, wie er Peter Huchel in einem «Ermutigungs»-Gedicht zuredete und arbeitete selbstbewusst weiter, als sei die Rückkehr in die Öffentlichkeit jeden Tag möglich. Im Hohn-Ton des ND las sich das nach der Ausbürgerung so: «In unserem Lande ist die Menschenwürde geschützt, hier lebt man frei und sicher. Ein Herr Biermann konnte hier sogar über zehn Jahre leben ohne zu arbeiten.» Schriftsteller-Kollege Reiner Kunze hat dazu einen Kommentar gegeben: «Wenn Biermann nicht gearbeitet hätte, hätte man ihn nicht ausbürgern müssen; dann gäbe es nicht diese Lieder mit dieser Wirkung. Dieser Satz ist eine Diskriminierung der künstlerischen Arbeit an sich; er ist geistiger Tiefststand.»

Wie er es sich denn erkläre, dass seine Position im Westen manchmal als antikommunistisch interpretiert werde, hatte ihn 1972 ein holländischer Journalist gefragt. «Weil ich in einem Land verboten bin», antwortete Biermann, «das von der antikommunistischen Presse ein kommunistisches Land genannt wird.» In der Tat liess sich der bärtige Rebell von seinem Engagement für eine veränderungswürdige und -fähige DDR nichts abhandeln. Er verbarg seine Ungeduld nicht angesichts eines modernen EDV-Stalinismus, der ein sozialistisches Kleinbürgertum züchtete; er meinte sich nützlich zu machen nicht als Verklärer, sondern als Kritiker einer schlimmen Wirklichkeit, die er an den sozialistischen Verheissungen mass. «Ich bin nicht der Verfechter des ‹wahren Sozialismus› gegenüber der platten Wirklichkeit der DDR», schrieb er dem Autor bereits 1965, «sondern integrierender Bestandteil dieser höchst widerspruchsvollen lebendigen Verhältnisse selbst.» Und noch im März 1976 erklärte er einem Interviewer: «Ich betrachte meine Lage nicht als Unglück, das da über mich hereingebrochen ist; sondern ich begreife sie als einen Ausdruck für die politischen Kämpfe, die in der DDR stattfinden.»

Solche Konsequenz in der Identifikation mit der DDR, deren Führungsclique er scharf kritisierte, machte die Partei hilflos und aggressiv zugleich. Dass jemand so beredt blieb, dem man das Publikum genommen hatte, empörte die Dogmatiker. Die Maxime: «Man kann zu weit zu weit gehen, aber man muss zu weit gehen» verletzte ihr Machtbewusstsein, soviel Dialektik ging über den Horizont der staatlich honorierten Philosophen. Sie segneten ab, was Biermann grämte, etwa, dass von Peking bis Berlin das ZK der Staat im Staate sei.

Bereits im Mai 1974 wurde Wolf Biermann im DDR-Kulturministerium das «üble Angebot» gemacht, die DDR-Staatsbürgerschaft aufzugeben. Nur dann hätte er nach Köln reisen dürfen, um dort den Jacques-Offenbach-Preis entgegenzunehmen. Weil er das «für politisch unmoralisch» hielt, sagte er die Reise ab. Im Oktober 1975

wurde eine anfängliche Reisezusage zu einer Offenbacher Solidaritätsmanifestation für spanische Antifaschisten kurzfristig zurückgezogen. Es gab nicht wenige, einschliesslich des Betroffenen, die vermuteten, hinter diesem kalten Kulturkrieg stehe die bundesdeutsche DKP. Sie veranstaltete dann auch bald eine Verleumdungs-Kampagne, die Biermanns West-Wirkung abfangen sollte. «Sie zerreissen sich das Maul über mich, es ist der reinste Personenkult!» räsonierte der Angegriffene in einem «Offenen Brief an einen westdeutschen Genossen» aus dem letzten Sommer. Er wandte sich gegen die «Schlag-tot-Kampagne», die gegen ihn inszeniert wurde – «ein Gemisch aus Selbstgerechtigkeit und Stumpfsinn». Es werde nur bestätigt, was er schon wisse, dass sich nämlich seine Lieder und Gedichte «offenbar am schönsten in der DKP selbst verbreiten, bei jenen Genossen, die noch suchen und finden wollen». Biermann erkannte, dass er zum Katalysator für ideologische Auseinandersetzungen in der DKP geworden war, deren unbequem ehrliche Genossen ihn bewunderten. Biermann: Auf den Scheiterhaufen, auf den DKP-Inquisitoren ihn gern zerren möchten, «müssten sie dreiviertel ihrer eigenen kleinen Partei werfen und dazu noch die grosse französische KP, die grosse italienische Partei und sämtliche Genossen der kampferfahrenen KP Spaniens ... Ach, wie gern würde ich ihnen freiwillig auf den Scheiterhaufen steigen, wäre nur gesichert, dass sie zum Feuermachen nur die Bretter nehmen, die sie vor den Stirnen haben».

An diesen Hintergrund muss erinnert werden, wenn die Ausbürgerung des im Osten wie im Westen von den offiziellen kommunistischen Parteien (sieht man von den «Eurokommunisten» einmal ab) ungeliebten zügellosen Un-Genossen zutreffend eingeschätzt werden soll. Die Begründungs-Propaganda der SED berief sich auf die Anti-Biermann-Kampagne der DKP, auf Zitate aus dem DKP-Organ «Unsere Zeit». DKP-Genossen traten im Ostfernsehen auf, um dort Biermann zum Klassenfeind zu dämonisieren. Andererseits gab es offensichtlich Auseinandersetzungen innerhalb der SED-hörigen bundesdeutschen KP bis zur Flucht in die Öffentlichkeit, zum Beispiel in Marburg. In Hamburg stand unter einem Protesttelegramm an das DDR-Innenministerium («Wir sind über diese undemokratische Massnahme empört und bedauern, dass dadurch unser Kampf gegen Unterdrückung der Meinungsfreiheit und faschistische Tendenzen wie Berufsverbote ausserordentlich erschwert wird») unter anderen auch der Name Peter Schütts, Bundestagskandidat und Vorstandsmitglied der DKP. Die linken Sekten, die sich um den «roten Stein der Weisen» raufen, sind auch über den Fall Biermann zerstritten, an dem sie ihr Sekten-Süppchen kochen, ohne dass ihr Objekt Anstalten machte, sich in dieses Getümmel hinabzubegeben: er steht souverän darüber und liess sich auf seiner Tournee geduldig und souverän auf den Dialog mit allen Meinungen ein, mochten sie auch noch so abwegig sein.

Als ein Beispiel, wie die ernstzunehmende Linke in der BRD im Fall Biermann argumentiert, sei die Zeitschrift der «Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro» in Offenbach, «links», genannt, die von einem «politischen Attentat auf Wolf Biermann» spricht, «ihn zum antikommunistischen Helden oder zum kommunistischen Antihelden zu

machen». Und weiter: «Die Proteste, die von kommunistischen Parteien wie denen in Frankreich und Italien gegen die Ausbürgerung Biermanns erhoben werden, sollten die DKP zumindest daran erinnern, dass 0,3% (der Wählerstimmen bei der letzten Bundestagswahl – H. K.) nicht gerade ein Anzeichen für ein Monopol auf Kommunismus sind. Wenn Biermann eine wirkliche KP für die BRD gefordert hat, dann ist das eine Frage der Diskussion, nicht eine, die ein grosser Bruder mit staatlichen Machtmitteln für uns lösen kann.» Und noch ein Satz: «Biermanns Weg von Ost nach West ist kein bizarres Einzelschicksal, sondern eine gesamtdeutsche Realität.»

Aus einem Beispiel individuellen Mutes mit unabsehbaren politischen Wirkungen war durch die Ausbürgerung ein politischer Fall geworden, der zwar inzwischen kanalisiert scheint (der ominöse Freispruch des Republikflüchtlings Weinhold, der bei seinem Grenzdurchbruch zwei junge, wehrpflichtige DDR-Soldaten erschossen hatte, verhalf der SED zu einem Agitationsthema gegen die BRD, mit dem viele DDR-Bürger sich identifizieren konnten – da war Biermann plötzlich verdrängt), dessen weitergehende politische Wirkungen allerdings ebensowenig absehbar sind. Die Zäsur betrifft eine ganze (Kultur-)Politik.

«In diesem Lande leben wir, wie Fremdlinge im eigenen Haus»: als Biermann sich in Köln auf Hölderlin berief, wusste noch niemand, wie berechtigt er im Plural gesprochen hatte. Einen Tag nach der Ausbürgerung protestierten namhafte Autoren der DDR gegen die Racheaktion ihrer Regierung und baten darum, «die beschlossene Massnahme zu überdenken». Unterzeichner waren Sarah Kirsch, Christa Wolf, Volker Braun, Fritz Cremer, Franz Fühmann, Stephan Hermlin, Stefan Heym, Günter Kunert, Heiner Müller, Rolf Schneider und Gerhard Wolf. Inzwischen ist die Zahl der Petenten über hundert angewachsen. Die Rücknahme der Unterschriften von Fritz Cremer und Volker Braun hatte mit dem publizistischen Umgang zu tun (der Brief wurde im Westen veröffentlicht, nachdem DDR-Medien sich verweigert hatten); weniger mit seinem Inhalt: «Wolf Biermann war und ist ein unbequemer Dichter – das hat er mit vielen Dichtern der Vergangenheit gemein. Unser sozialistischer Staat, eingedenk des Wortes aus Marxens ‹18. Brumaire›, demzufolge die proletarische Revolution sich unablässig selber kritisiert, müsste im Gegensatz zu anachronistischen Gesellschaftsformen eine solche Unbequemlichkeit gelassen nachdenkend ertragen können. Wir identifizieren uns nicht mit jedem Wort und jeder Handlung Biermanns und distanzieren uns von Versuchen, die Vorgänge um Biermann gegen die DDR zu missbrauchen. Biermann selbst hat nie, auch nicht in Köln, Zweifel daran gelassen, für welchen der beiden deutschen Staaten er bei aller Kritik eintritt.»

Obwohl es ausserhalb der DDR leichter war, sich öffentlich gegen die «echte Heimatvertreibung» Wolf Biermanns (so nannte Heinrich Böll die Ausbürgerung) zu wenden, hat das Ausmass der Proteste doch überrascht und bei DDR-Funktionären unsicheres Erstaunen ausgelöst. Nicht nur Schriftsteller aus der Bundesrepublik, wie Walter Jens, Alexander Kluge oder der ehrwürdige Ernst Bloch erklärten sich solidarisch mit dem politischen Poeten,

auch 14 Schweizer Schriftsteller, unter ihnen Friedrich Dürrenmatt, Max Frisch und Adolf Muschg, protestierten telegrafisch beim Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker. Unter etwa 50 französischen Protestanten sind Louis Aragon und Hervé Bazin – sie bekennen sich zur «absoluten Schöpfungs- und Meinungsfreiheit».

Peter Weiss schrieb aus Schweden und bezog sich auf seinen Offenen Brief an das «Neue Deutschland» vom Dezember 1965, der dort nie erschienen, freilich auch noch nicht erledigt ist, und versucht Verständnis für das «Persönlichkeitsbild dieses Poeten» zu wekken: «Mehr als ein Jahrzehnt lang war ihm die Möglichkeit des öffentlichen Auftretens genommen worden. Die Isoliertheit im eigenen Land wurde ihm mehr und mehr zum Lebensmuster. Er sang für Freunde im kleinsten Kreis. Die Wirkung seiner Lieder auf Schallplatten fand ausserhalb seines Bereiches statt. Die Beengung hat ihn nicht zum Schweigen gebracht, sondern seinen Trotz, seinen Ausdruckszwang noch gesteigert.» Weiss erinnert an Villon, an Bellman und an Rimbaud – «Was wären sie gewesen, hätten sie den Weg der Konformität eingeschlagen?» – und appelliert an die «Beschlussfasser in der DDR», ihre Entscheidung zurückzunehmen. Vielleicht ist seine literarische Argumentation taktische Verstellung, dennoch ist sie nicht frei von jener Naivität, die Weiss im Umgang mit dem DDR-Establishment immer wieder einmal hat spüren lassen und rückt ihn in die Nähe des Philosophen und Literaturwissenschaftlers Wolfgang Harich, der Biermanns Kunst feiert («Seine musikalischen Einfälle sind oft geradezu genial – als Gitarrenvirtuose gehört er zur Weltspitze»), doch seine politische Renitenz rügt (nach dem VIII. Parteitag hätten hohe Funktionäre aussöhnungsbereite Gespräche mit ihm geführt, er habe sie «brüsk, zum Teil in beleidigender Form zurückgewiesen»).

Weil das Problem Biermann lautlos nicht aus der Welt zu schaffen war (der Ausgebürgerte selbst hat die Reiseerlaubnis, zu spät, als Falle erkannt und seine Überzeugung, zurückkehren zu können, inzwischen als «naiv und kindlich»; und: Er wolle nicht der erste sein, der an der Mauer durch die Brust erschossen wird, statt durch den Rükken) – weil die Partei also die internationale Wirkung ihres Coups ganz offensichtlich unterschätzt hatte, inszenierte sie eine Gegenkampagne unter Intellektuellen und Künstlern, aber auch unter Werktätigen, die nun erst recht nach dem Verfemten zu fragen begannen; denn er hatte natürlich vor allem die Intelligenz erreicht. Biermann hatte plötzlich in seinem Staat, der ihn nicht haben will, eine Publizität, von der er nur träumen konnte, als er noch dessen Bürger war. Der scharfzüngige Dichtersänger, dessen anarchische Parolen bis ins Private hinein biedere Kleinbürger aufgeschreckt hatten, polarisierte die östliche Halbnation.

Jeder einzelne Name derer, die sich für Biermann erklärten, wiegt mit seinem Risiko schwerer, als die von der Partei gedungenen Ergebenheitsadressen und Unterwerfungslitaneien. Dabei darf nicht übersehen werden, dass sie ein verwirrendes Bild abgeben und der Differenzierung bedürfen; es ist auch zu bedenken, dass die Obrigkeit mit Drohungen und Erpressungen vorgegangen ist, so dass Hochmut vom sicheren westlichen Port aus unangebracht ist. Viele Stellungnahmen behaupten das Recht der Kritik und warnen davor, die unter

Honecker erkämpften Freiräume wieder einzuengen. Der Vorwurf, Biermann hätte seine poetische Polemik nicht vom Westen aus, und also dem Klassenfeind dienend, formulieren dürfen, entpuppt sich als pure Heuchelei: in der DDR war er über ein Jahrzehnt verboten; wer ihn öffentlich zitierte, hatte mit Verhaftung zu rechnen. In einem Brief an den Staatssekretär Löffler im DDR-Kulturministerium schrieb Biermann, beispielsweise, im Mai 1974: «Falls Sie irgendwelche Möglichkeiten sehen, sei es auch noch so bescheidene Fortschritte zu erzielen, die mir meinen lebendigen Kontakt mit meinem eigentlichen, dem DDR-Publikum erleichtern, dann bin ich sehr gern bereit, mit wem, wann und wo auch immer, ein Gespräch zu führen.» Harichs Einrede erhält so eine merkwürdig-verzerrte Beleuchtung. Die Stellungnahme der grossen alten Dame der DDR-Literatur, der Präsidentin des DDR-Schriftstellerverbandes, hat manche Spekulation ausgelöst, etwa, ob sie nicht vielleicht, wie Brechts Brief zum 17. Juni 1953, verstümmelt an die Öffentlichkeit gelangte. Anna Seghers schreibt: «Dem Brief in Sachen Biermann, den einige Schriftsteller an eine westliche Agentur gaben, habe ich niemals zugestimmt. Die Behauptung westlicher Zeitungen, ich hätte die Zustimmung nachträglich gegeben, ist falsch und dient der Verwirrung.» Niemand freilich hatte ernsthaft von einer Seghers-Unterschrift unter die Solidaritätsadresse gesprochen; es mag Gerüchte gegeben haben, als die verehrte Autorin, die eine Freundschaft mit Christa Wolf verbindet, anfangs bei den Partei-Stellungnahmen gefehlt hatte. «Die Deutsche Demokratische Republik ist seit ihrer Gründung das Land, in dem ich leben und arbeiten will.» Auch das hatte niemand angezweifelt, und mit diesem dritten Satz ist die Seghers auch schon zu Ende, ohne zum Fall Biermann etwas beigetragen zu haben. Als ein weiteres Beispiel, sich durch eine Stellungnahme der Stellungnahme zu entziehen, mag Hermann Kant («Die Aula») figurieren. Nachdem er indirekt den Inhalt der Pro-Biermann-Petition wiedergibt (im authentischen Wortlaut in den DDR-Medien nicht veröffentlicht, sondern nur durch indirekte Bezugnahmen), redet er, wie gewohnt, von sich: «Ich will nicht verhehlen, dies rasch zu sagen, dass ich Herrn Biermann ganz gut ausgehalten habe und auch weiterhin ausgehalten hätte; mich brauchte man nicht vor ihm zu schützen.» Dann wendet er sich gegen die Kollegen, die sich mit ihrer Bitte um Überdenken der Massnahme «kapitalistischer Übermittlungs- und Verstärkeranlagen» bedienten. «Wie behauptet sich Gelassenheit im Medienlärm? Wer kann etwas bedenken in diesem Triumphradau?» entschuldigt er seine überreizte Regierung. Als hätten die Biermann-Freunde eine andere Chance gehabt, wollten sie ihre Stimme überhaupt zur Geltung bringen!

Das Spezifikum der Parteikampagne war, dass sie – im Gegensatz zu Ulbrichts Taktik 1965/66 – sich nicht auf inhaltlich-kulturpolitische Debatten einliess, dass sie Vertrauen nicht einmal als Vorwand benutzte. Mit der These, auf dem Gebiet von Kunst und Literatur könne es keine Tabus geben, «wenn man von den festen Positionen des Sozialismus ausgeht», suchte Erich Honecker eine Art Stillhalteabkommen mit den Künstlern und Intellektuellen einzugehen. Misstrauen wurde abgebaut, das Selbstbewusstsein wuchs, und

zwar auf beiden Seiten, die Sensibilität wurde geschärft. Natürlich gab es Unmut und Widerstand bei jenen dogmatischen Machtverwaltern, die ohne Direktiven nicht existieren können, und die nicht nur im Mittelbau der Hierarchie, sondern bis in die Entscheidungsgremien hinein wirksam sind. Direktiven aber haben immer nur zu Restriktion und Repression geführt. Es gibt keinen Parteibeschluss, mit dem der künstlerischen Freiheit grössere Spielräume eröffnet worden wären – die mussten sich die Künstler in jedem Falle selbst abtrotzen.

Reiner Kunzes «Gegenwart»

Aber es gab schon seit geraumer Weile Anzeichen dafür, dass der Kurs der Mässigung und Zurückhaltung im Machtzentrum der Partei umstritten war. Vor allem die sogenannte Sicherheitsfraktion im SED-Politbüro, angeführt von Paul Verner und Werner Lamberz, erkannte einen inneren Zusammenhang zwischen jugendlicher Aufmüpfigkeit, Westanfälligkeit durch vermehrte Kontakte auch im Sog des Grundlagenvertrages und der sprunghaft ansteigenden Antragswelle für Entlassung aus der DDR-Staatsbürgerschaft (gleichbedeutend mit Westausreise). Der Fall des Schriftstellers Reiner Kunze, den der Schriftstellerverband auf Betreiben der Partei ausschloss, war Signal des Kurswechsels.

«Kunze ist nicht mein Genosse, er ist mein Freund», hat Wolf Biermann in Köln erklärt, ehe er das ihm gewidmete Lied sang und seine Solidarität begründete, indem er zugleich auf einer Differenz bestand: Die Position, von der aus Kunze die DDR kritisiere, sei nicht die seine und die seines Genossen Jurek Becker («Jakob der Lügner»), der ihm aufgetragen habe, gegen die Repressalien auch in seinem Namen zu protestieren, unter denen Kunze zu leiden hat. «Alles, was er geschrieben hat über die DDR, ist die Wahrheit, er hat nicht gelogen. Aber, wir sind der Meinung, wir kommunistischen Schriftsteller, dass man auch mit traurigen Wahrheiten über das Leben in der DDR lügen kann, über die einzige Hoffnung, die die Menschheit hat – und auch die Bevölkerung in der DDR –: nämlich den Sozialismus.» Kunze selbst besteht auf dieser Differenz: «Zum Beispiel trennt mich von Wolf Biermann, was mich auch von manchem kirchlichen Oberherrn trennt – der einem zwar bestätigt, dass man die Wahrheit schreibt, aber meint, man könne auch mit der Wahrheit lügen, wenn man nicht den rechten Glauben hat. Doch ungeachtet dieser Unterschiede sind wir – Biermann und ich – seit Jahren öffentlich füreinander eingetreten. Ich habe mich hinter und vor Biermann gestellt und stehe ihm auch jetzt durchaus zur Seite. Nur – was nützt ihm diese Erklärung noch?» Reiner Kunze findet, dass die Bekenntnisse zu spät kommen («Biermann war in der DDR seit Jahren mundtot – und er ist ein grosser Künstler»), er ist offensichtlich auch nicht aufgefordert worden, sich an der Erklärung für Biermann zu beteiligen und vermutet, dass es manchem Unterzeichner nicht angenehm gewesen wäre, wenn auch er mit unterschrieben hätte – als ein Schriftsteller, der als schwarzes Schaf gilt und als «bürgerlich». Das mag auch ein Grund sein dafür, dass Kunzes Ausschluss aus dem Bezirksverband Erfurt-Gera des DDR-Schriftstellerverbandes vom 29. Oktober 1976,

der geradewegs auf ein Berufsverbot hinausläuft, weit weniger sensationell wirkte wie der Schlag gegen Biermann. Kunze stand für viele Kollegen ohnehin bereits auf der anderen Seite, auch wenn er sich bis zuletzt zur DDR bekannt hat.

«Zimmerlautstärke», die Titel-Metapher eines Gedichtbändchens von Reiner Kunze, signalisierte eine Existenzform unter den Bedingungen übermächtiger Repression. Vorsicht und Rücksicht waren unsichtbare Merkzeichen seiner Defensiv-Verse, aus denen Kundige die Konflikte des realen Sozialismus herauslasen und die sich auf Seneca beriefen: «... bleibe auf deinem Posten und hilf durch deinen Zuruf; und wenn man dir die Kehle zudrückt, bleibe auf deinem Posten und hilf durch dein Schweigen.» Das war 1972; ein Jahr später konnte, im Zeichen der von Honecker betriebenen Auflockerung kulturpolitischer Verkrustungen, in Leipzig nach jahrelangem Publikationsverbot eine Auswahl von Gedichten Reiner Kunzes erscheinen: «Brief mit blauem Siegel.»

«Was ich verwahre hinter schloss und siegel? / Keine konspiration nicht einmal / pornografie / Vergangenheit, tochter / Sie zu kennen kann / die zukunft kosten.» Das Gedicht ist überschrieben «Gegenwart», 1970 entstanden, fehlt es in der Leipziger Anthologie. In seiner aphoristischen Zuspitzung von hohem Verallgemeinerungsgrad, ist es charakteristisch für die Tonlage der Zimmerlautstärke. Im September 1976 erschien, nur in der Bundesrepublik, der Prosaband «Die wunderbaren Jahre». Dazwischen liegen Jahre intensiver Erfahrung mit einer Obrigkeit, die sich von Literatur, zumal, wenn sie sich parabolisch von der Wirklichkeit entfernt, kaum noch anfechten lässt. Kunzes Haltung zu seiner ihm umgebenden Wirklichkeit hat sich verändert, mit seiner Kurzprosa nimmt er, schreibend, ihr gegenüber die Position eines sensiblen Dokumentaristen ein, der sich mit Oberflächenreizen nicht bescheidet. Beobachtungen werden sprachlich auf ihre Essenz gebracht und nicht mehr durch Stilisierung ästhetisch geniessbar gemacht. Kunze nimmt jenen Verlust an Realität nicht mehr in Kauf, mit dem das (lyrische) Gedicht für seine Form und Vieldeutigkeit zahlt. Seine «sensiblen Wege» (so der Titel eines Gedichtbandes) sind keine hermetischen Umwege mehr.

Thema seiner lakonischen Texte sind die Verletzungen und Verstörungen einer Jugend, die dem ideologisch-moralisierenden Milieu des DDR-Alltags fast schutzlos ausgeliefert ist. Der Titel bezieht sich auf ein Zitat aus Truman Capotes «Grasharfe»: «Ich war elf, und später wurde ich sechzehn. Verdienste erwarb ich mir keine, aber das waren die wunderbaren Jahre.» Solche wunderbaren Jahre, bei Capote ironisch angetönt, werden den Elf- bis Sechzehnjährigen in der DDR versagt. Ihnen wird unausweichlich nahegelegt, sich gefälligst Verdienste zu erwerben. Angesichts der Beispiele, die Kunze im gewöhnlichen Sozialismus aufgefunden hat (und die in jedem Fall belegbar sind), wird der Titel zum Sarkasmus: Alle jene Un-Verantwortlichkeiten, die den Übergang von der Kindheit in die Zwänge der Erwachsenengesellschaft so süss und so unwägbar machen, werden in politisches Fehlverhalten umgedeutet und haben Folgen. Die Gitarre, die Bibel, die Cordhose oder gar der dunkle Pullover («Ich wünsche, dass die Schüler meiner Klasse optimistische Farben tra-

gen») werden zum Kainsmal für den Aussenseiter, der sich einer von banalängstlicher Pädagogik geprägten Konvention entziehen will. Als «eines jener Elemente» klassifiziert, «die in Mendelejews Periodischem System nicht vorgesehen sind und durch das Adjektiv ‹unsicher› näher bestimmt werden», werden ihm Anpassung oder gar Karriere erbarmungslos verweigert.

Reiner Kunze gewährt Einblicke in eine DDR jenseits der Parolen. Die Verfremdung des sozialistischen Alltags durch präzis-verdichtete Darstellung lenkt nicht von ihm ab, sie durchstösst die Oberfläche der Gewöhnung und der Beschwichtigung, die das tägliche Überleben erleichtern. Anders als Biermann, der aus dem Glauben an die Verheissungen der Theorie Zuflucht im Trotzdem! sucht, erkennt Kunze im alltäglichen Sozialismus Gebrechen, die nicht nur DDR-spezifisch sind. Auf einen Vorwurf seines Schriftsteller-Kollegen Rolf Schneider («Das Glück», ein Roman, erschien im Herbst in beiden deutschen Staaten) hat er allerdings geantwortet: «Ich empfinde die Welt tatsächlich als absurd. Nur haben die Absurditäten, die der Kollege Schneider meint, nichts mit der Absurdität der Welt zu tun. An die Veränderbarkeit dieser glaube ich nicht, an die Veränderbarkeit jener sehr wohl.» Und auf einen Hinweis auf Volker Brauns ausserordentliche «Unvollendete Geschichte», die in der DDR-Literaturzeitschrift «Sinn und Form» überraschenderweise gedruckt worden war, reagierte er so: «In Volker Brauns Geschichte gibt es einen Traum, in dem eine Weberin (lies: die Arbeiterklasse) die Missstände beseitigt. Dieser Traum macht die Geschichte politisch möglich. In meinem Buch fehlt dieser Traum, weil ich ihn nicht träumen kann.» Bei Reiner Kunze leuchtet in der Geste, im Reflex das Bewusstsein von etwas auf, das sonst unter dem Surrogatbegriff «Verhältnisse» eher verhüllt als erhellt wird. Der Zorn ist gebändigt, Wehleidigkeit vermieden. Solche Texte bilden einen direkten Gegensatz zum geschwätzigen Opportunismus eines Hermann Kant mit seinem Gratismut für «Übertretungen» (Titel von einem Erzählungsbuch). Das Prinzip Hoffnung, dass Biermann mit Bloch dem realen Sozialismus entgegensetzt, liegt jenseits der realitätsgesättigten Prosa Kunzes, die weder durch ideologisch-literarische Etikettisierung, noch durch plumpe politische Indienstnahme domestiziert werden kann.

Die Okkupation der Tschechoslowakei hatte Kunze 1968 mit dem Austritt aus der Einheitspartei beantwortet. Dann war er für Jahre «ausgesperrt aus büchern / ausgesperrt aus zeitungen / ausgesperrt aus sälen / eingesperrt in dieses Land», das er dennoch «wieder und wieder wählen» wollte. Seine Gedichte wurden übersetzt, er wurde ausgezeichnet mit Preisen, aber auf dem Schriftstellerkongress 1969 wurden seine «Sensiblen Wege» diffamiert als «der fatale lyrische Ort zwischen Innenschau und Antikommunismus». Der Reclam-Band «Brief mit blauem Siegel» war eine Hoffnung, die sich nicht erfüllte. Heute wäre Kunze wahrscheinlich nicht mehr überrascht, wenn er in die Bundesrepublik ausgewiesen würde. «Ich möchte in der Literatur keine Kompromisse eingehen, und ich möchte im Leben möglichst nur vertretbare Kompromisse eingehen», hat er in einem TV-Interview betont. «Die wunderbaren Jahre» waren ihm eine unausweichliche Notwendigkeit, ein Buch,

das er schreiben musste, und dessen Folgen er auf sich zu nehmen gewillt ist. «Es gibt keinen Fall Reiner Kunze. Es gibt nur den Fall des Schriftstellerverbandes der DDR. Es ist nicht einmal ein Kniefall vor der Obrigkeit. Es ist ein Fall, mit dem wir nicht mehr rechneten.» So der Regimekritiker Robert Havemann.

Repression und Verlegenheit

Es sollte nicht lange dauern, da war mit weit Schlimmerem zu rechnen. Nach der Ausbürgerung Biermanns ging die Kompetenz für Kulturpolitik offenbar ohne viel Umschweife an das Ministerium für Staatssicherheit über. Die Techniker der Macht wollten nichts mehr wissen vom Burgfrieden oder sogar Vertrauenspakt, der durch Honekker angeboten worden war. Anstelle von Auseinandersetzung und Argumentation traten Verhöre und Verhaftungen. Zu den Verhafteten zählt auch der Schriftsteller Jürgen Fuchs, der zum Kreis Biermanns und Havemanns gehörte, und von dem eindringliche Skizzen aus dem DDR-Alltag bekannt wurden – freilich nur in westlichen Veröffentlichungen. Und es ist typisch, dass die meisten Manuskripte von Fuchs in den grossen Zeitungen und Magazinen erst dann wert und wichtig zum Abdruck waren, als ihr Autor durch seine spektakuläre Verhaftung aus dem Auto Havemanns heraus zum politischen Fall geworden war. Diese Methode wirft ein Schlaglicht auf die seltsamen Rezeptionsbedingungen für DDR-Literatur in BRD-Medien. Robert Havemann, auf dessen Rolle als Sacharow der DDR hier nicht ausführlicher eingegangen werden kann, wurde nach scharfen Stellungnahmen gegen die Ausbürgerung Biermanns unter Hausarrest gestellt. Die Staatsmacht trumpft auf, um ihre Schwäche zu verhüllen. Ihre Unsicherheit findet deutliche Bestätigung in der Tatsache, dass keine öffentliche Diskussion stattfindet. Parteigremien zerstören eine literarische Landschaft, die zu besichtigen seit einiger Zeit lohnte. Schriftsteller dürfen nicht mehr in der Bundesrepublik auftreten oder sagen Lesungen von sich aus ab, weil sie – wie Stefan Heym – fürchten, das Ausbürgern könnte sich einbürgern. Und noch immer kommen Solidaritätserklärungen für Kunze und Biermann; als Beispiel sei ausführlicher auf einen Brief eingegangen, den der in der Schweiz weilende Schriftsteller Bernd Jentzsch (er bereitet hier die Herausgabe einer viersprachigen Anthologie schweizerischer Dichtung des 20. Jahrhunderts für die DDR vor) an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker richtete.

Jentzsch sieht es als seine «kollegiale und staatsbürgerliche Pflicht» an, sich zu den «beiden unglaublichen Ereignissen» zu äussern, die für ihn die Fälle Kunze und Biermann darstellen. Es heisst da: «In den Wochen und Monaten vor meiner Reise in die Schweiz haben sich in geradezu beängstigender Weise Vorfälle gehäuft, die den Satz von der ‹blühenden Kunst› wie einen Hohn erscheinen lassen. Ich besitze Informationen über Haussuchungen bei Schriftstellern, über anschliessende stundenlange Verhöre durch Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes, über die Beschlagnahmung von Manuskripten, Aufzeichnungen, Tagebüchern, Briefen und Büchern (wobei Bücher, die in der Bundesrepublik Deutschland erschienen sind, mit dem Hinweis darauf, dass Bürger der DDR nach den

geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht berechtigt seien, Druckschriften dieser Art einzuführen und also auch nicht zu besitzen, nicht zurückgegeben werden – in einem Fall weit über hundert Bände). Es ist vorgekommen, dass Haussuchungen ohne Durchsuchungsbefehl versucht und nach einigen Stunden in Anwesenheit eines Staatsanwaltes erzwungen worden sind. Zwei musikalisch-literarische Veranstaltungsreihen wurden verboten; eine der bekanntesten Beat-Gruppen wurde aufgelöst, die Mitglieder und der Texter der Gruppe, denen die Berufsausweise entzogen worden sind, erhielten unbefristetes Berufsverbot (Gerulf Pannach und Christian Kunert, zwei Leipziger, die zu den Gemeinten gehören, wurden inzwischen verhaftet – H. K.). Eine immer grösser werdende Anzahl von Manuskripten wird nicht zum Druck zugelassen. (Es gibt Autoren, denen man das schriftlich mitgeteilt hat.) Andere Kollegen sind mit regionalem Auftrittsverbot belegt worden (...) Noch immer kommt es vor, dass DEFA-Spielfilme nicht in das reguläre Kinoprogramm gelangen oder unaufgeführt magaziniert oder gar mit Salzsäure behandelt werden. (Die Produktionskosten liegen pro Film bei 3 Millionen Mark.) Ausgezeichnete Inszenierungen wie Strindbergs «Fräulein Julie» verschwinden nach auffällig wenigen Aufführungen vom Spielplan. Die Theaterstücke eines Autors, dem das DDR-Schriftsteller-Lexikon bestätigt, ein «politischer Dichter von hohem geistigem und ästhetischem Niveau» zu sein, werden zum Teil überhaupt nicht oder nach einem halben Jahrzehnt in der Provinz aufgeführt. Mir ist die aussichtslose Situation eines Prosa-Autors bekannt, dem es nach zahlreichen Versuchen bisher nicht gelungen ist, auch nur eine seiner Arbeiten in der DDR in einer Zeitschrift, in einer Anthologie oder beim Rundfunk unterzubringen, obwohl er nach Meinung vieler Autoren innerhalb und ausserhalb der DDR – und nach meiner eigenen Meinung – zu den wichtigsten Stimmen unserer Literatur gehört. Unverständlich bleibt mir auch, dass eine Reihe meiner Kollegen nicht die Möglichkeit erhält, zu Lesungen ins westliche Ausland zu reisen. Zwischen diesen Beispielen und dem, was Reiner Kunze und Wolf Biermann widerfahren ist, sehe ich einen bösen Zusammenhang. Es ist der Widerspruch zwischen Wort und Tat.»

Dieser Brief wurde so ausführlich zitiert, weil er Fakten aus eigener Anschauung vorträgt (und er enthält noch weitere), und weil er ein Indiz dafür ist, dass die Fälle Kunze und Biermann nur die Schaumkämme einer repressiven Wellenbewegung sind. Tatsächlich hat das Klima kulturpolitischer Auseinandersetzungen umgeschlagen; Honeckers Experiment ist offensichtlich am Ende. Dennoch mag man nicht auf die gebräuchliche Metaphorik von Eiszeit und Tauwetter, die da wechseln wie Winter und Frühling, zurückfallen. Es geht da doch nicht alles diesen gewöhnlichen sozialistischen Gang, sondern einen Biermannschen sozialistischen Gang, der den «aufrechten Gang» im Sinne Blochs durchaus einschliesst. Das Selbstbewusstsein der Petenten für Biermann, das sich an der Ignoranz und Härte der DDR-Machtelite wundreibt, deutet auf noch unscheinbare Prozesse, die ebenso unabsehbar sind. Dabei muss bedacht werden, dass die sozialliberale Deutschlandpolitik der Bonner Koalition durch die Ostverträge zwar völkerrechtliche Realitäten in Kauf genom-

men hat, dass aber auf der anderen Seite gerade durch den Grundlagenvertrag, der von der Anerkennung zweier deutscher Staaten ausgeht, ein neues Interesse für die DDR geweckt worden ist, das sich durch vermehrte Kontakte im deutsch-deutschen Alltag realisiert. Die juristisch ausgeklammerte «nationale Frage» hat dabei, jenseits der unterschiedlichen, ja konträren Gesellschaftsverfassungen und nicht nur im Sinne eines gemeinsamen kulturellen Erbes, einen neuen Stellenwert gewonnen. «Ich möchte am liebsten weg sein und bleibe am liebsten hier» hat Wolf Biermann in Köln gesungen und dabei mit Gesten versucht, klarzumachen, dass in diesem Moment «hier» dort sei – deutsche Verwirrungen, die schon Brecht in seinem Gedicht «Der Radwechsel», das hier, möglicherweise gegen die Absicht des Autors, in diesen nationalen Zusammenhang gerät, lakonisch zugespitzt hat: «Ich sitze am Strassenhang. / Der Fahrer wechselt das Rad. / Ich bin nicht gern, wo ich herkomme. / Ich bin nicht gern, wo ich hinfahre. / Warum sehe ich den Radwechsel / Mit Ungeduld?»

Biermann verteidigt die DDR mit dem Argument, ein anderer Sozialismus sei eben nicht zu haben gewesen; und wenn ihm aus Bundesdeutschland geantwortet würde, auch ein anderer Kapitalismus sei nicht zu haben gewesen? «Es ist immer dort am schwersten zu leben, wo man sich einmischt», hat Biermann gesagt und gesungen: «In diesem Lande leben wir, wie Fremdlinge im eigenen Haus.» In welchem der beiden Länder – und wenn gerade das Fremdsein im jeweiligen Lande so etwas wie einen nationalen Konsensus abgäbe? Biermann, ein «Präzedenzfall staatsbürgerlicher Exkommunikation» (Süddeutsche Zeitung), hat bei seinem bewegenden Auftritt in Hamburg, seiner Vaterstadt («Ach, ich weiss gar nicht, wie das mit mir ist!»), am Ende ein Gedicht zitiert, das aus den sechziger Jahren stammt, aber für heute geschrieben schien. «Lebenszeichen» ist der Titel, und es heisst da unter anderem: «Nachdem das deutsche Karussell sich heisslief / auf der Achse meines linken Zeigefingers ... lege ich mich schlafen in diese finsteren Jahre / Der den Tag umarmte / soll der nicht schlafen dürfen in der Nacht? / Schlafen will ich mich legen / auf die Steinfliesen meines Staates / in die Keller meiner Nation / auf die Wiesen meiner Freundschaften / in die Dünen meiner Liebe ... Und will dann hinabtauchen / in immer tiefere Stille / und von neuem erfinden: / Den Schrei.»

Heinz Klunker

RÜCKBLICK AUF KISSINGER

«Die ganze Idee der europäischen Integration stand in scharfem Gegensatz zu (Kissingers) Auffassung von internationalen Beziehungen. Die Schlussfolgerungen, die er früher als Professor aus der Diplomatie des 19. Jahrhunderts gezogen hatte, standen den Verantwortlichen in Europa vor den Augen. Welch grössere Torheit konnte die vorherrschende Macht begehen, als einer möglichen unabhängigen Koalition von europäischen Staaten, die sonst untergeordnet bleiben würden,

bei ihrer Organisation beizustehen? Was könnte dieser aussenpolitischen Linie fremder sein als die hybride, vorföderale Struktur, die in Brüssel aus wirtschaftlichem Material gebaut wurde? Zu diesem Vorurteil trug Kissingers wirtschaftliche Ignoranz, die von Nixon geteilt wurde, noch bei.»

Dieses scharfe Urteil fällt J. Robert Schaetzel, von 1966 bis 1972 US-Botschafter bei der Europäischen Gemeinschaft, in einem Buch über den Zustand der amerikanisch-europäischen Beziehungen nach den Kissinger-Jahren: «Die zerrüttete Allianz[1]». Der Titel erinnert an die Studie über «Die gestörte Partnerschaft», in der Professor Kissinger 1965 wesentlich mehr Verständnis für seine ehemalige Heimat Europa zeigte, als ihm Schaetzel zubilligt. Wie verhielt sich der Professor, Präsidentenberater und dann Staatssekretär geworden, in Wort und Tat zu dem Europa, das mühsam seine Einheit suchte?

In den ersten Jahren nach Nixons Amtsantritt 1969 konzentrierte sich Kissingers geheimnisumwitterte Grossmachtpolitik, so Schaetzel, auf Moskau und Peking. Bestenfalls wurden die «grösseren» Europäer einzeln informiert, vor allem die Franzosen, an deren gaullistischem Gehabe Nixon und Kissinger Gefallen fanden. Die vielfältigen, vertrauensvollen Beziehungen zwischen europäischen und amerikanischen Beamten und Politikern zerfielen – vor allem beklagt sich Botschafter Schaetzel, dass die Diplomaten übergangen wurden. Die praktischen Beziehungen zur EG blieben engstirnigen amerikanischen Verwaltungen überlassen; unter dem draufgängerischen Finanzminister Connally wurde die EG 1971 mit der Dollar-Inkonvertibilität vor den Kopf gestossen und mit Klagen über ihre Agrar-, Mittelmeer- und Afrikapolitik bedrängt (die ja in erster Linie gerade Frankreich zu verdanken war). Wurde die europäische Einigung öffentlich unterstützt, so waren das laut Schaetzel nur schöne Worte.

Das «Jahr Europas»

«Die europäische Einheit ist für uns, was sie immer war – nicht ein Selbstzweck, sondern ein Mittel, um zur Stärkung des Westens beizutragen. Wir werden fortfahren, die europäische Einigung als Bestandteil einer weiteren atlantischen Partnerschaft zu unterstützen.» Mit dieser Erklärung eröffnete Kissinger im April 1973 das «Jahr Europas». Nicht gerade als Schuldbekenntnis, aber als Problembeschreibung legte er dar, was ihm Schaetzel später ankreiden sollte. Im atlantischen Bündnis waren laut Kissinger Spannungen entstanden, weil einerseits Europa wirtschaftlich erstarkt, anderseits Amerika nach seiner Vietnam-Frustration der globalen Bürde müde geworden war: «In Amerika hört man Klagen, dass Europa seine Verantwortung vernachlässigt, zu einseitig das wirtschaftliche Eigeninteresse verfolgt und nicht seinen angemessenen Anteil an der gemeinsamen Verteidigungslast trägt. In Europa wird geklagt, Amerika sei darauf aus, Europa wirtschaftlich zu entzweien, oder militärisch im Stich zu lassen, oder diplomatisch zu übergehen.» Die Handelsgespräche würden Gefahr laufen, von Interessengegensätzen beherrscht zu werden, wenn sie den Experten überlassen blieben. Die Politiker müssten daher die wirtschaftlichen Fragen zusammen mit den militärischen und politischen in eine «neue Atlantik-Charta» einbetten, die auch

Japan umfassen und «ein neues Gleichgewicht von Eigeninteresse und gemeinsamem Interesse» herstellen würde. Das bedinge militärisch eine faire Verteilung der Lasten und politisch ein gemeinsames Vorgehen bei der Entspannung gegenüber dem Osten: Europa müsse den USA jetzt dasselbe Vertrauen entgegenbringen wie die Amerikaner den Europäern, als diese selber mit der Entspannung begannen. Prophetisch schloss Kissinger auch die Energiepolitik mit ein: die Versorgungssicherheit, die Währungsgefahren der Erdöldollars und die Beziehungen zu den Ölländern verlangten Zusammenarbeit, nicht Konkurrenz[2].

So weit, so gut – doch Schaetzel schien es «seltsam, dass ein ehemaliger Professor für internationale Angelegenheiten die unproduktivste diplomatische Kunstform, das Aufsetzen von Communiqués, als Mittel zur Belebung der amerikanisch-europäischen Beziehungen wählte[3]». Drei Jahre später griff Kissinger selber diese Frage auf: «Es ist nur noch von akademischem Interesse, zu debattieren, ob die USA zu theoretisch vorgingen, als sie ... die Ausarbeitung einer neuen atlantischen Erklärung vorschlugen, oder ob unsere europäischen Freunde gut daran taten, diesen Vorschlag als Test für die europäische Identität zu behandeln[4].» Dabei hatte Kissinger die «Identitätsfrage» selber aufgeworfen.

Nur «regionale Interessen»?

Nicht der Vorschlag einer neuen Atlantik-Charte klopfte die Europäer aus dem Busch, sondern folgender Satz: «Die USA haben weltweite Interessen. Unsere europäischen Verbündeten haben regionale Interessen. Diese (Interessen) liegen nicht notwendigerweise in Konflikt miteinander, sind aber ... auch nicht automatisch identisch[2].» Was Kissinger als Tatsachen-Feststellung aussprach, empfanden die Europäer als Definition einer zweitrangigen Rolle, die ihnen im amerikanischen Bündnissystem zugedacht sei. Gar einem amerikanisch-sowjetischen «Kondominium» unterstellt war Europa nach französischer Ansicht durch das Nixon-Breschnew-Abkommen vom Sommer 1973 über Kriegsverhütung (seither hat freilich Paris ein eigenes Abkommen dieser Art mit Moskau abgeschlossen). In ihrem – durchaus begründeten – Komplex der militärischen Abhängigkeit behagte den Europäern auch die Verbindung von sicherheits- und wirtschaftspolitischen Fragen nicht, die Kissinger vorschlug. Am krassesten drückte das Pompidous angriffiger Aussenminister Michel Jobert aus: ein Kuhhandel nach dem Motto «Du schützt mich, ich bezahle Dich» komme nicht in Frage. Kissinger verwahrte sich zwar mit dem Hinweis, nur eine politische Gesamtschau könne zu Lösungen führen, gegen den Vorwurf der Erpressung. Dass aber auf amerikanischer Seite auch handfestes Kalkül im Spiele war, beweist ein Dokument, das Handelsminister Peterson für Präsident Nixon ausarbeitete. Um ihr Handelsdefizit zu bekämpfen, sollten die USA Zollkonzessionen (als Ausgleich für Nachteile aus der EG-Erweiterung), Abbau des Agrarschutzes und Verzicht auf protektionistische Industriepolitik verlangen. Um solche einseitigen Handelsvorteile zu erzwingen, sollten die USA in einer Gesamtverhandlung unter Kissingers Leitung monetäre und militärische Hebel ansetzen[5]. Um diesem Druck auszuweichen, arbeitete die EG eine weit-

schweifige wirtschaftspolitische Erklärung aus, während die sicherheitspolitischen Aspekte in der NATO behandelt werden sollten. Unter der Bedingung, dass mit einer «Dacherklärung» unter Einschluss Japans doch wieder eine Verbindung hergestellt würde, akzeptierte Kissinger die Unterteilung. Dagegen war er unzufrieden, dass die EG-Länder gleich mit einem fertigen Entwurf auftraten, der ohne die USA ausgearbeitet worden war.

Oktoberkrieg legt Spannungen bloss

Mit dem Oktoberkrieg und in seinem Gefolge der Erdölkrise traten die atlantischen Spannungen vollends zutage. Die Europäer beklagten sich, weil sie von den USA bei deren Verhandlungen mit den Sowjets und namentlich beim weltweiten Truppenalarm nicht konsultiert wurden – und die Amerikaner beschwerten sich, weil die europäischen NATO-Länder (mit Ausnahme des noch salazaristischen Portugals) keinen Nachschub nach Israel über ihre Territorien zuliessen. Überdies gaben die EG-Länder nach dem Krieg ohne Rücksprache mit den USA eine Nahosterklärung ab, die – unter «Öldruck» entstanden – wie ein Kniefall vor den Arabern aussah, seither aber fast zum Gemeinplatz geworden ist. (Aus israelischer Sicht enthält die EG-Position einen Widerspruch: Rückzug aus den besetzten Gebieten, aber Recht auf «sichere und anerkannte Grenzen». Den Arabern geht die Anerkennung der «legitimen Rechte» der Palästinenser zu wenig weit, doch haben sie sich bisher vergeblich um ein weiteres Entgegenkommen der EG bemüht.)

Nach Kissingers Ansicht war der Hauptgrund für die Spannungen nicht das Fehlen von Konsultationen, sondern eine Meinungsverschiedenheit in grundsätzlichen Fragen: war der Krieg ein lokaler oder ein ost-westlicher Konflikt; war er die Ursache der Energiekrise, oder hatte diese tiefere Gründe, die gemeinsam angegangen werden müssten? Kissinger sprach nicht aus, aber deutete an, dass sich die Europäer eben gemäss regionalen Interessen verhielten: sie wollten zwar nicht gegen Israel, aber soweit für die Araber sein, als es die Ölversorgung erforderte. Die USA hatten laut Kissinger «keine Absicht, Europas internationale Rolle auf regionale Fragen zu beschränken. Von uns aus gesehen, sollte die europäische Einigung Europa befähigen, eine grössere Verantwortung für den Weltfrieden zu übernehmen, was letzten Endes im gemeinsamen Interesse läge». Kissinger räumte ein, dass die USA in der Hitze des Gefechts ausnahmsweise einmal keine genügenden Konsultationen geführt hätten – auf europäischer Seite aber scheine man nun «zu versuchen, die Verweigerung von Konsultationen zu einem Definitionsprinzip der europäischen Identität zu machen». Formalistische EG-Prozeduren, die die USA vor nicht mehr diskutierbare Faits accomplis stellten, würden den natürlichen Dialog und die in Jahrzehnten geknüpften Bande von Kommunikation und Vertrauen zerstören. Konkret schlug Kissinger eine Energie-Aktionsgruppe der Industrieländer vor, die Energie-Einsparungen und -Alternativquellen fördern und die Beziehungen zu den Produzentenländern organisieren sollte[6].

Euro-arabischer Dialog ohne USA

Die EG-Regierungschefs, die sich zwei Tage nach diesem Vorschlag, Mitte De-

zember 1973, in Kopenhagen trafen, gingen nicht darauf ein, sondern fassten gute Vorsätze für eine EG-eigene Energiepolitik und veröffentlichten eine Erklärung über die «europäische Identität». Diese Identität sollte sich durch gute Beziehungen zu aller Welt auszeichnen. Nicht deswegen machte das Kopenhagener Treffen Schlagzeilen, sondern dank vier arabischen Aussenministern, die ungefragt ihre Aufwartung machten und der EG vorschlugen, die Beziehungen zwischen Industrie- und Rohstoffländern auf eine neue, «entkolonisierte» Basis zu stellen. Für die EG war nun der Rahmen abgesteckt, in dem sie ihre eben definierte Identität zu beweisen hatte: es galt, durch innere wie äussere Solidarität ein gutes Einvernehmen sowohl mit den Amerikanern als auch mit den Arabern (und Israel) zu schaffen.

Mit knapper Not gelang es den EG-Ländern, an der Energiekonferenz, die die USA im Februar 1974 nach Washington einberiefen, mit einer gemeinsamen Ausgangsposition aufzutreten: es sollte keine neue Institution gegründet werden, da diese von den Arabern als Kampfinstrument aufgefasst würde. Acht EG-Mitglieder akzeptierten die Energiegruppe, die schliesslich als Internationale Energieagentur der bestehenden OECD eingegliedert wurde. Frankreich schrie Verrat, hielt sich von dem neuen Organ fern und versuchte allein mit den Arabern ins Ölgeschäft zu kommen, aber auch die ganze EG zum Dialog mit der Arabischen Liga zu führen. Die EG lancierte anfangs März den «euro-arabischen Dialog» und informierte Kissinger kurz vor der Öffentlichkeit darüber, wobei sie versicherte, sie wolle weder seine Friedensbemühungen stören noch separate Ölverhandlungen mit den Arabern führen. Kissinger erklärte sich trotzdem «beunruhigt»: er beanspruche zwar nicht ein Vetorecht gegenüber den euro-arabischen Beziehungen, aber die USA müssten Gelegenheit haben, in vorherigen Konsultationen ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen. Sonst, so liess Kissinger wissen, sei Europas Verteidigung gefährdet, auch wenn sie im Interesse Amerikas liege: «Wir haben Truppen in Europa nicht, um den Europäern einen Gefallen zu erweisen, (und wir wollen) in den gegenwärtigen Umständen keine Truppen abziehen, ... aber diese Umstände beinhalten auch die Kompatibilität der Aussenpolitiken.» Konsultationen müssten «zwischen den USA und Europa Beziehungen schaffen, die nicht auf Wettbewerb und potentieller Feindseligkeit ... gegründet sind». Die Energiekrise habe eine Tendenz zu nationalen Alleingängen, Protektionismus und direkten bilateralen Abmachungen hervorgerufen. Diese Tendenz könne aufgehalten werden, wenn die USA «die Führerschaft bieten, zu der wir fähig sind» – wie in der Energiekonferenz bewiesen[7].

Nixons Märzgewitter

Die USA gaben nun den Versuch auf, die gewünschten Beziehungen zur EG mit einer Grundsatzerklärung herzustellen. Im Dezember 1973 hatten sich die EG-Aussenminister und Kissinger in ihrem ersten und einzigen Treffen darauf geeinigt, die Erklärung müsse kürzer und «politischer» werden als der erste EG-Entwurf. Auch ein zweiter Entwurf enthielt für die Amerikaner zu wenig Konsultationsverpflichtungen, und im März sagte Nixon kurzerhand ein Tref-

fen hoher Beamter ab, bei dem der Text hätte bereinigt werden sollen. Der vom Watergate-Skandal bedrängte Präsident polterte, die Europäer dürften sich nicht mehr gegen die USA «zusammenrotten» – «ganging up» – und müssten begreifen, dass sie nicht zugleich Sicherheitszusammenarbeit und Feindseligkeit in Wirtschaft und Politik haben könnten: entweder müsse man überall zusammenarbeiten oder sich ganz trennen – aber die USA seien für die europäische Sicherheit «unentbehrlich» und hätten Anspruch auf «faire» Exportmöglichkeiten[8]. Nur amerikanisches «leadership», so Nixon, könne den Frieden bewahren, kein anderes Land habe genügend Macht, um «die freie Welt zu führen[9]».

In der Presse wurde der Ton noch schärfer: in den USA wurde Frankreich beschuldigt, die Araber zur Weiterführung des USA-Boykotts anzustacheln, und in Frankreich konnte man lesen, Kissinger habe die ganze Ölkrise angezettelt, um Europa in die Abhängigkeit von den USA zu zwingen und um einen hohen Preis für die amerikanischen Ölreserven zu erzielen. Besonders pikiert waren die Europäer über eine Bemerkung Kissingers in einem historischen Vortrag: seit dem Ersten Weltkrieg habe es «in Europa sehr selten völlig legitime Regierungen gegeben», das heisst völlig vom Vertrauen des Volkes getragene. Diese Bemerkung, so präzisierte Kissinger dann, habe sich nicht auf die heutigen Regierungen bezogen[10]. Im Rückblick auf die Reibereien im Gefolge des Nahostkrieges erklärte Kissinger später: «Warum sind die Europäer so feindselig gegenüber den USA? Ich glaube, sie leiden an einem enormen Gefühl der Unsicherheit. Sie erkennen, dass ihre Sicherheit von den USA abhängt, dass ihr wirtschaftliches Wohlergehen von den USA abhängt, und sie wissen, dass wir im Grunde mit dem, was wir tun, recht haben. So bringt das Gefühl der Ohnmacht, der Unmöglichkeit, bei sich zu tun, was sie als richtig anerkennen, eine gewisse Reizung hervor[11].»

Die rüde Politik Nixons und Kissingers war für Schaetzel unmissverständlich: «Das Ziel war ein fügsames Vasallen-Europa, mit dessen Blanko-Vollmacht die Amerikaner ihren Verhandlungen nachgehen könnten, sei es mit Russen oder Arabern.» Washingtons «Überreaktion auf das ... begrenzte EG-Angebot an die Araber» war «das erste Mal seit dem Krieg, dass die US-Regierung Europa genau wie ein feindliches Land behandelte». Diese Taktik entsprach laut Schaetzel der Stimmung eines amerikanischen Publikums, das nach Vietnam von der Welt enttäuscht war. Schliesslich aber habe Nixon eingesehen, dass er in seinem Watergate-Überlebenskampf keinen «offenen Krieg mit den Europäern» brauchte, sondern aussenpolitische Geschicklichkeit beweisen musste[12]. Kissinger fand es ohnehin «anormal und gefährlich», dass die Öffentlichkeit beidseits des Atlantiks «aussenpolitische Erfolge immer mehr in den Beziehungen zu Gegnern sieht, während die Beziehungen von Verbündeten von Zank gekennzeichnet scheinen[6]». Kurzum – das März-Gewitter legte sich so plötzlich, wie es gekommen war.

«*Harmonie plötzlich wiederentdeckt*»

Auch auf europäischer Seite besserten sich die Voraussetzungen, um das «Jahr Europas» zu einem halbwegs würdigen Abschluss zu bringen. In den drei gröss-

ten EG-Ländern wechselte innert weniger Wochen die Führung: von Heath zu Wilson, dem die EG sicher keinen Affront gegenüber den USA wert war, von Pompidou zu Giscard, der eher mit sich reden liess, und von Brandt zu Schmidt, der als Finanzminister an der Energiekonferenz besonders «atlantisch» aufgetreten war. Der euro-arabische Dialog wurde mit der Vorsichtsklausel versehen, dass jedes EG-Land die Möglichkeit behielt, die USA laufend zu konsultieren (während die offiziellen EG-Konsultationen, gegen die sich die Franzosen sträubten, von Fall zu Fall beschlossen werden müssten). Mit dieser vagen Konsultationsformel begnügten sich die Amerikaner, und von einer formellen Erklärung EG-USA war nicht mehr die Rede. In der NATO unterzeichnete man im Juni 1974 eine Erklärung, um die Sicherheitsbande zu bekräftigen, die sich auf «harmonische wirtschaftliche und politische Beziehungen», auf Konsultationen auch über Ereignisse ausserhalb des NATO-Gebietes und auf Fortschritte in der europäischen Einigung stützen sollten. Zur Unterzeichnung auf Gipfelebene kam nur Giscard nicht, aber er schickte immerhin Premier Chirac. Bei der Wiederholung des NATO-Gipfels ein Jahr später kam sogar Giscard nach Brüssel, aber nur zu einem Diner bei König Baudouin. Laut Schaetzel blieb trotz der «plötzlichen Wiederentdeckung der Harmonie ... in der amerikanischen Erinnerung der Eindruck geprägt, dass die europäische Einheit die amerikanischen Interessen nicht förderte, sondern bedrohte[13]».

In seiner Antrittsrede im August 1974 beging Präsident Ford den Fehler, nur die NATO, aber nicht Europa zu erwähnen. Das veranlasste Giscard zu einem Aufruf zur europäischen Einigung – und Ford zur Ankündigung, er wolle sowohl mit Frankreich als auch mit den andern europäischen Freunden und der aufstrebenden EG zusammenarbeiten. Giscard gab der direkten Zusammenarbeit den Vorzug. Ein Treffen mit Ford im Dezember auf Martinique ergab einen ersten Kompromiss in der alten Streitfrage des Währungsgoldes, sowie die amerikanische Unterstützung für Giscards Idee eines Nord-Süd-Dialoges.

Westliche Wirtschaftsführung

Für das Zustandekommen des Dialogs übernahm dann die EG als Ganzes eine nützliche Vermittlerrolle zwischen den USA und der Dritten Welt. Im Verlauf der Diskussionen um die «neue Weltwirtschaftsordnung» zeigte sich aber, dass die EG in der Substanz den «interventionistischen» Forderungen der Entwicklungsländer kaum mehr entgegenkommt als die USA. Zumindest die Bundesrepublik verficht ebenso stark wie die USA die freie Marktwirtschaft. Für die amerikanische Weltwirtschaftspolitik gilt nach wie vor die traditionelle Maxime der «offenen Tür», die dem Tüchtigsten den Vorrang lässt. Die amerikanischen Einwände gegen die erstarkende EG bezogen sich ja gerade auf «Türschliessung» gegenüber den USA. In ihrer Afrika- und Mittelmeerpolitik hat die EG nun darauf verzichtet, von den beteiligten Entwicklungsländern Privilegien zu verlangen. Der Streit mit den USA um Zollkonzessionen als Ausgleich für die EG-Erweiterung wurde ohne viel Aufhebens beigelegt. Die GATT-Runde über allgemeine Zollsenkungen trat in ein langwieriges Stadium der Expertengespräche – man zeigte in

der Rezession keine Eile mit der Handelsliberalisierung, sondern war froh, wenigstens einen Rückfall in den Protektionismus einigermassen verhindern zu können (wobei die US-Regierung mit ihren eigenen Protektionisten am meisten zu schaffen hatte). Die amerikanische Handelsbilanz erholte sich, aber nicht dank handelspolitischen Offensiven, sondern dank der Dollar-Abwertung.

Im französisch-amerikanischen Gold- und Festwährungsdisput erhielt Giscard keine Rückendeckung von der EG – daher suchte und fand er eine direkte Einigung im exklusiven Kreis, den er im November 1975 nach Rambouillet einlud: USA, Japan, Frankreich, Westdeutschland, Grossbritannien und Italien. Trotz dem Aufbegehren der kleineren EG-Länder tagte der «westliche Führungsgipfel» im Juni 1976 in Porto Rico erneut – und besprach dabei sogar ein ausgesprochen «europäisches» Problem: einen allfälligen Hilfsboykott bei kommunistischer Regierungsbeteiligung in Italien. Bundeskanzler Schmidt gebärdete sich dabei ebenso antikommunistisch wie die Amerikaner – aber die Probe aufs Exempel blieb den Europäern ja dann erspart. Auch im Falle Portugals löste sich das Problem der Kommunistenbehandlung «von selbst», nachdem es in der NATO einiges Kopfzerbrechen verursacht hatte.

Problematisches «Leadership»

Im Verhältnis zum Osten wurde in der NATO immer mehr über immer weniger konsultiert: die Verhandlungen SALT über Rüstungsbegrenzung und MBFR über Truppenabbau stockten ohnehin, und die Europäische Sicherheitskonferenz ging über die Bühne, ohne dass im Westen die latenten Meinungsverschiedenheiten darüber ausbrachen, ob die östlichen Konzessionen einen Abschluss auf Gipfelebene rechtfertigten. Vor allem aber blieb der NATO die Bewährungsprobe einer neuen Nahost- und Energiekrise erspart. Meinungsverschiedenheiten über weiter entfernte Krisenherde blieben ohne Folgen: 1975 forderte Kissinger die EG-Länder vergeblich auf, Hanoi wegen einseitigen Bruchs des Waffenstillstands zu verurteilen, und 1976 anerkannten die EG-Länder die MPLA-Regierung in Angola, obwohl die USA empfahlen, den Abzug der Kubaner zur Voraussetzung zu machen. Zu einer aktiven Politik – ob für die Amerikaner hilfreich oder lästig – scheint Europa im südlichen Afrika ohnehin nicht fähig zu sein: es war weder Grossbritannien noch die EG, die die Rhodesienverhandlungen einleitete, sondern Kissinger mit seiner letzten Solo-Tour.

Europa ist eben noch nicht so sehr «geworden», dass die Frage wirklich beantwortet werden muss, wie es sich denn zum amerikanischen «leadership» verhalte. Das war die – nicht ausdrücklich gestellte und schliesslich auch nicht beantwortete – Grundfrage in Kissingers «Jahr Europas». Das ominöse Wort «leadership», das in Kissingers Reden von 1973 gar nicht auftauchte, hat im amerikanischen Sprachgebrauch keinen autoritären Beigeschmack, sondern steht für «natürliche» Führerschaft, für mitreissendes Vorangehen mit dem guten Beispiel. Mit der Initiative für eine «neue Atlantikcharta» wurde solches «leadership» nicht beansprucht, sondern praktiziert. Erst als die EG sich im März 1974 anschickte, mit dem Araber-Dialog eine eigene, anderslaufende Initiative zu ergreifen, sprachen

sowohl Kissinger als auch Nixon ausdrücklich von amerikanischem «leadership». Nun sah diese «Führerschaft» tatsächlich wie ein amerikanischer Anspruch auf den Gehorsam der übrigen «freien Welt» aus.

Auf dem Weg zur Partnerschaft?

Seither hat Kissinger – zumindest in seinen Reden – wieder die andere Seite des «leadership» hervorgekehrt: seit Vietnam sei die Zeit vorbei, wo Amerika seine Ansichten dank seiner Macht ohne weiteres durchsetzen konnte, ohne die «Geduld, Subtilität und Flexibilität», mit der weniger begüterte Länder ihre Aussenpolitik führen müssten. «Wir sind immer noch der gewichtigste einzelne Faktor in internationalen Angelegenheiten – aber wir sind eine Nation unter vielen. Das Gewicht unseres Einflusses hängt jetzt entscheidend ab von unserem Zielbewusstsein, unserer Ausdauer, unserer Kreativität, unserer Macht und unserer Zuverlässigkeit[14].» Solches «leadership» ist, im Gegensatz zu autoritärem, nicht unteilbar, wie Kissinger im Juni 1976 in einer Rede ausführte, die schon wie ein politisches Testament tönte: «Es ist nicht gesund für die USA, das einzige Zentrum von Initiative und Leadership in der demokratischen Welt zu sein. Es ist nicht gesund für Europa, nur ein passiver Teilnehmer zu sein, sei die Freundschaft und Konsultation auch noch so eng.» Amerika begrüsse daher Europas wachsendes Gewicht, es habe Interesse an einem «starken Partner mit gleichgerichteten Werten». Europa müsse aber seine Einheit selber finden, wenn auch nicht in Opposition zu den USA (was «kein vernünftiger Europäer» wolle). Die Querelen des Europajahrs seien durch «Konsultation und Kooperation von nie dagewesener Breite und Tiefe» beigelegt worden und die industriellen Demokratien hätten in Rambouillet, in Porto Rico und bei anderen Gelegenheiten ihre Fähigkeit zur Zusammenarbeit bewiesen, doch bleibe für Ost-West-Entspannung Nord-Süd-Kooperation (beides aus einer Position der Stärke heraus) noch viel zu tun.

Die Führerschaft dabei, die Legitimität voraussetzt, erwartet Kissinger eben doch in erster Linie von Amerika: «Als demokratische Regierungen müssen wir immer und immer wieder das Vertrauen unserer Völker verdienen. Als eine Nation, die die Bürde des Leadership auf sich genommen hat, haben die USA eine besondere Verantwortung: wir müssen das Trauma der jüngsten Vergangenheit überwinden . . . und die Qualitäten bewahren, die für Weltführung nötig sind. In Europa, überall, wo das Verständnis der Regierungen für die Bedürfnisse der Bürger nachgelassen hat, sind Reform und Wiederbelebung nötig[4].» Führerschaft aufgrund moralischer Stärke – das ist genau, was Carter verspricht, der an Kissingers Politik weniger die Prinzipien als den Stil kritisiert hat und mit der Ernennung von Cyrus Vance zu seinem Staatssekretär eine für die Europäer willkommene Wende anzeigt. Diese Ernennung lässt nämlich erwarten, dass Carter bei seiner «besonderen Aufmerksamkeit» für die Verbündeten noch mehr auf deren Empfindlichkeit Rücksicht nehmen wird, als es Kissinger in den letzten Jahren tat. Den Europäern fehlte die Selbstsicherheit, um mit einem Kissinger von gleich zu gleich zu reden. Geschadet hat ihnen dessen deutliche Sprache trotzdem nichts. Nach jener stürmischen Märzwoche von 1974, in der Kissinger den

europäischen Regierungen neben Feindseligkeit auch Mangel an Legitimität vorgeworfen hatte, meinte er selber: «Ich habe das Gefühl, in dieser Woche mehr für die europäische Einigung getan zu haben als irgendwer seit Jean Monnet.»

Daniel Goldstein

[1] J. Robert Schaetzel. The Unhinged Alliance, America and the European Community. New York 1975. S. 51f. – [2] Kissinger am 23. April 1973 in New York vor der Associated Press. – [3] Schaetzel S. 76. – [4] Kissinger am 25. Juni 1976 in London vor dem International Institute for Strategic Studies. – [5] Petersons Assistent Frank V. Fowkles in National Journal 7. Juli 1973, zitiert in Le Monde diplomatique, November 1974. – [6] Kissinger am 12. Dezember 1973 in London vor der Pilgrims' Society. – [7] Kissinger am 7. März 1974 vor der Finanzkommission des Senats. – [8] Nixon am 15. März 1974 in Chicago vor Geschäftsleuten. – [9] Nixon am 26. März 1974 in Washington vor Direktoren von Landwirtschaftszeitungen. – [10] Kissinger am 11. März 1974 in Washington vor Parlamentarierfrauen und Erklärung dazu am 14. März 1974. – [11] Kissinger, Interview mit «Business Week», Anfang Januar 1975. – [12] Schaetzel S. 77f. – [13] Schaetzel S. 66. – [14] Kissinger am 17. April 1975 in Washington vor der American Society of Newspaper Editors.

VOM KRIEGSBILD

Kürzlich tagten die Parlamentarier aus den Signatarstaaten der atlantischen Allianz[1]. Neben zahlreichen politischen und wirtschaftlichen Fragen wurden am letzten Tag auch militärische Probleme erörtert. Einmal mehr wurde festgestellt, dass die nukleare Abschreckung allein nicht genüge und dass die NATO in der Lage sein müsse, einen Angriff des Warschau-Paktes ohne Nuklearwaffen zurückzuschlagen. Veränderungen der Verteidigungsstrukturen, in der militärischen Doktrin und in der Taktik würden notwendig. Zu diesem Zweck empfiehlt die Versammlung dem Atlantikrat zu prüfen, ob das Zwei-Pfeiler-System mit eigener Verteidigungsverantwortung Europas als Rahmen dienen könnte. Solche Feststellungen und Empfehlungen sind nicht neu; obwohl aber die wachsende Überlegenheit des Warschau-Paktes in der konventionellen Rüstung zu Taten statt zu blossen Worten drängt, sind bis heute kaum nennenswerte Fortschritte in dieser Richtung zu verzeichnen. Das kommt wohl daher, dass innerhalb der NATO die Ansichten darüber, wie eine solche Umstrukturierung aussehen soll, noch sehr unklar und teilweise widersprüchlich sind. Weshalb es schwer ist, zu einer übereinstimmenden Lösung zu kommen, rührt unter anderem wohl daher, dass die NATO im Gegensatz zum Warschau-Pakt ein Bündnis souveräner Staaten ist. So überwiegt oft das gegenwärtige partikulare Interesse über das zukünftige und allgemeine Interesse.

Ferdinand Otto Miksche versucht in seinem Buch «Vom Kriegsbild[2]» eine gangbare Lösung zu skizzieren. Es sei gleich vorweggenommen, dass in jüngster Zeit auch andere zu ähnlichen Resultaten gekommen sind[3]. Miksche war während des Zweiten Weltkriegs Generalstabsoffizier im persönlichen Stab de Gaulles und arbeitete später im Waffenamt der französischen Armee. Seine

zahlreichen früheren Veröffentlichungen haben seinen Ruf, zu den führenden westlichen Militärschriftstellern zu gehören, begründet. – Rund zwei Drittel seines neusten Werks nimmt ein historischer Überblick über die Wandlungen des Kriegsbilds seit der Zeit der Kabinettskriege bis in unsere Zeit ein. Diese Abschnitte zeichnen sich aus durch eine Reihe eigenwilliger Schlussfolgerungen aus an sich bekannten historischen Tatsachen. Der Verfasser zeigt in dieser historischen Schau, welchen oft zu spät erkannten Einfluss die Kriegstechnik auf die Strategie und die Taktik ausübte. Dieser Einfluss wird dann besonders unheilvoll, wenn die Technik sich selbständig entwickelnd zu einer Macht zu werden droht, die sich der Beherrschung durch die Menschen entzieht und das Kriegsgeschehen in ungeahnte Bahnen lenkt. Das führt zu Sachzwängen, die schliesslich in Sinnlosigkeit ausmünden. So schreibt Miksche zusammenfassend über den Ausgang des Zweiten Weltkriegs (S. 227): «Wieder einmal war ein Weltbrand entfacht worden, dessen Kontrolle seinen Urhebern völlig entglitt, nachdem Umstände und Einwirkungen, von denen man zuvor nichts wusste, zu Entwicklungen geführt hatten, die weder beabsichtigt noch vorherzusehen waren.»

Auf den aus der Geschichte gewonnenen Lehren aufbauend, wendet sich Miksche im letzten Drittel seines Buches den gegenwärtigen Verhältnissen und Problemen zu. Woran krankt die Strategie des Westens? Allzulange wurde dessen Sicherheit ausschliesslich auf der nuklearen Rüstung aufgebaut. Heute aber ist das Atomschwert stumpf geworden. Unter diesem Stichwort unterzieht der Verfasser die Atomstrategie einer kritischen Würdigung. «Strategie hört auf, wenn das Kriegsziel nur unter dem Risiko eigener Vernichtung erreicht werden kann» (S. 232). Auch die Miniaturisierung der Kernwaffen und damit die Absicht, diese Waffen auf den taktischen Gebrauch zu beschränken, kann das Problem nicht lösen. «Es gibt genau *eine* leicht verständliche und definierbare Schwelle, deren Überschreitung mit einem Tabu belegt werden kann, diejenige zwischen nichtnuklearen und nuklearen Waffen», sagt Weizsäcker[4]. Oder wie Miksche sich auf Seite 232 ausdrückt: «Da sich Strategie von Taktik nicht trennen lässt, ist die Aufteilung des Atomkrieges in eine sogenannte strategische und taktische Sphäre unrealistisch.» Die Folge dieser Fehleinschätzung war, dass wohl das Machtringen bisher vom europäischen Schauplatz ferngehalten werden konnte, sich dafür aber zu Ungunsten des Westens in anderen Räumen ausserhalb des NATO-Bereichs ausbreitete. Denn «wer einseitig auf sie (die Atomstrategie) baut, wie der Westen, verliert die politische Beweglichkeit» . . . die Theorie der atomaren Abschreckung «bedeutet den Verzicht auf ein aktives Auftreten, was zwangsläufig zum Verlust der Initiative führt, ohne die es keine bewegliche Politik und daher auch keine Aussicht auf Erfolg geben kann» (S. 236). Dennoch sind Atomwaffen eine Realität, die nicht mehr aus der Welt geschaffen werden kann; sie sind notwendig, um den Gegner vom Gebrauch seiner atomaren Waffen abzuhalten; ohne sie kann es deshalb auch keine autonome Strategie mehr geben. Mit diesen Gedankengängen steht Miksche nicht allein da; seit Jahren bilden sie die Grundlage der russischen Rüstungspolitik, sie setzen sich aber auch im Westen immer deutlicher durch. So sind wir auch schon bei Stein-

hoff ähnlichen Überlegungen begegnet. Zur Zeit aber ist die Rüstung der NATO noch auf den Gebrauch von Atomwaffen ausgerichtet; damit sieht sich aber der Westen, wenn er nicht kampflos kapitulieren will, zwangsläufig genötigt, als erster die kritische Schwelle zu überschreiten und damit auch seine eigene Vernichtung zu riskieren. Um diese in jedem Fall verheerende Alternative zu beheben, bedarf es einer erheblichen Anstrengung auf dem Gebiet der konventionellen Rüstung.

Wie soll aber die konventionelle Rüstung verstärkt werden? Darüber stehen zwei grundsätzliche Ansichten einander gegenüber. Die einen meinen, nur Streitkräfte in voller Präsenzstärke könnten die Aufgabe erfüllen. Eine solche Armee kann aber nur in beschränkter Grösse aufgestellt werden und wird numerisch den Kräften des Warschau-Paktes immer stark unterlegen sein. Die Befürworter präsenter Streitkräfte meinen aber, dass die numerische Unterlegenheit durch eine hochentwickelte technische Bewaffnung wettgemacht werden könne. Dieser Ansicht stehen jene gegenüber, die mit Miksche überzeugt sind, dass auch eine erhebliche numerische Erhöhung der Kampfverbände notwendig sei. Dieser Forderung können aber nur Mobilmachungsstreitkräfte gerecht werden. Ob nun die eine oder die andere Auffassung richtig sei, hängt weitgehend davon ab, mit welcher Vorwarnzeit man glaubt rechnen zu können. Miksche glaubt, dass ein strategischer Überfall durch die jetzt schon im mitteleuropäischen Bereich stehenden Warschau-Pakt-Truppen kaum zu erwarten sei. Auf Grund der bekannten russischen Vorsicht könne mit einer einige Zeit beanspruchenden Bereitstellung weiterer Kräfte gerechnet werden. Damit stünde für die westliche Mobilmachung genügend Zeit zur Verfügung. Dennoch übersieht er die Schwierigkeiten nicht, durch rechtzeitige Mobilmachung die Kaderverbände auf Gefechtsstärke zu bringen.

Stets alarmbereite Präsenzkräfte bedingen hochtechnisierte, mechanisierte Kampfmittel. Solche Mittel sind aber kostenunwirksam. Sie sind unverhältnismässig kostspielig, veralten rasch und bedingen einen grossen Anteil an nichtkämpfenden Heeresangehörigen in Versorgungs- und Instandstellungs-Formationen. Solche Streitkräfte bedingen auch eine sehr bewegliche Kampfführung. Miksche glaubt nicht, dass in den voraussichtlichen Kampfräumen die Voraussetzungen dafür vorhanden sind, da die notwendige Tiefe fehlt. Zudem meint er, dass die Bewegungen der mechanisierten Kräfte wegen der umfangreichen strassengebundenen Versorgungskolonnen rasch im Feuer der gegnerischen Fernwaffen ersticken müssten. Die zunehmend dichter werdende Besiedlung Mitteleuropas wird ferner den Bewegungskrieg grossen Stils immer mehr behindern. Paul Bracken vom Hudson-Institut in New York kommt in einer kürzlich erschienenen Arbeit zu ähnlichen Resultaten[5]. Miksche vertritt deshalb die Ansicht, dass eine starke infanteristische Verteidigung unmittelbar hinter der Zonengrenze den östlichen Ansturm auffangen müsse. Eine reichlich mit panzerbrechenden Waffen ausgerüstete Infanterie müsse die angreifenden Panzerkräfte abnützen; erst wenn das gelungen ist, sei die Gelegenheit gegeben, die eigenen mechanisierten Grossverbände anzusetzen. Statt auf Panzerkrieg sei die Rüstung auf Krieg den Panzern auszurichten.

Miksches Vorschläge decken sich in

vielen Bereichen mit der bei uns geltenden Doktrin und sind eine gute Bestätigung für den von der Schweiz eingeschlagenen Weg. Es darf aber nicht übersehen werden, dass unsere Verhältnisse nicht ohne weiteres auf die NATO übertragen werden können. Vor allem wirft die Mobilmachung und das Heranführen der mobilisierten Reserven in die vordersten Verteidigungsstellungen ungleich grössere Probleme auf.

Wo aber der Wehrwille fehlt, sind alle übrigen Anstrengungen vergeblich. Deshalb widmet Miksche auch ein Kapitel den wehrpsychologischen Fragen. Gehorsam, Treue und Achtung gegenüber den Vorgesetzten sind nach wie vor unerlässliche Voraussetzungen der militärischen Disziplin. Die in diesem Kapitel ausgesprochenen Warnungen vor der Gefahr, die der Disziplin durch einseitig auf die Technik ausgerichtetes Denken drohen, sind bemerkenswert.

«Vom Kriegsbild» ist ein Buch, das in klarer Gedankenfolge zahlreiche Anregungen enthält. Jeder, der auf irgendeiner Stufe Verantwortung in Verteidigungsfragen trägt, muss sich mit den darin enthaltenen Gedanken befassen und auseinandersetzen.

Fritz Wille

[1] Vgl. NZZ Nr. 273 vom 20./21. November, S. 3. – [2] Ferdinand Otto Miksche, Vom Kriegsbild, Seewald-Verlag, Stuttgart 1976. – [3] Vgl. u. a. C. F. von Weizsäcker, Wege in der Gefahr, Hanser-Verlag, München 1976, und E. Spannocchi, Verteidigung ohne Selbstzerstörung, Hanser-Verlag, München 1976. – [4] A. a. O. S. 231. – [5] Paul Bracken, Urban Sprawl and NATO Defence, Survival Nr. 6/1976, S. 254ff.